Ausgabe Herbst 2003

schlagloch

radikaldemokratische zeitung der jungdemokratInnen/junge linke nrw

Inhalt:

Schwerpunkt: Antirassismus

- Frauen in Migration
- "Regionale Schutzzonen"
- EU-Abschottung
- Militarisierung der EU
- Antirassismus-Kampagne

und sonst...

- Schulpolitik
- Studiengebühren
- Überwachungsstaat
- Gleicher Lohn für gleiche Arbeit
- Seminare & Materialien

A u s r e i s e z e n t r e n

Neue Mittel der Abschottungspolitik

„Ausreisezentren“ sind Lager für Flüchtlinge und MigrantInnen, die aufgrund fehlender Papiere nicht abgeschoben werden können. Sie werden dort zentral untergebracht, mit dem Ziel, solange "beratend" auf sie einzuwirken, bis sie „freiwillig“ ausreisen, als Illegale untertauchen oder abgeschoben werden können, weil ein potentielles Herkunftsland bestätigt, dass es sich bei der jeweiligen Person um eine/n StaatsbürgerIn dieses Landes handelt.

Was harmlos klingt ...

In „Ausreisezentren“ soll durch eine „rückkehrorientierte Beratung und Betreuung“ (Beckstein, CSU) die Bereitschaft von Flüchtlingen gefördert werden, an ihrer Ausreise bzw. Abschiebung mitzuwirken. Doch was zunächst harmlos klingt, entpuppt sich in der Realität als Alptraum. In diesen „Ausreisezentren“ landen Menschen, denen behördlicherseits unterstellt wird, ihre Herkunft zu verschleiern und an der Passbeschaffung nicht mitzuwirken. Sie leben dort unter ärmlichsten Bedingungen, erhalten nichts außer drei Mahlzeiten am Tag. Alle anderen sozialen Leistungen, insbesondere das dürftige Taschengeld von monatlich 40,- Euro nach Asylbewerberleistungsgesetz, entfallen ganz. Die Insassen unterliegen einer regelmäßigen Meldepflicht, werden von Sicherheitsdiensten fortwährend kontrolliert und von MitarbeiterInnen der Ausländerbehörden verhört, d.h. unter psychischen Druck gesetzt, Deutschland zu verlassen.
Diese Lager dienen dazu, den Druck auf Flüchtlinge deutlich zu verstärken, denn, so der zuständige Ministerialrat im Bayerischen Innenministerium, Steiner: "Ohne Druck geht gar nichts!". Das erste bayerische „Ausreisezentrum“ entstand in der Fürther Hafenstraße, kostengünstig auf dem Gelände einer bereits bestehenden Asylbewerberunterkunft. Ein weiteres ist in Südbayern geplant. Die anfallenden Personalkosten werden durch Mittel aus dem bayerischen Sicherheitspaket bestritten, das im Gefolge des 11. September 2001 beschlossen wurde.
Mit „Ausreisezentren“ lassen sich sehr viel mehr Menschen an wenigen Orten konzentrieren und unter Druck setzen, als dies mit der Abschiebehaft bisher möglich ist. Dass der ausgeübte Druck nur in wenigen Fällen zur tatsächlichen Ausreise führt, ist dabei Nebensache. Wie in einem Zwischenbericht eines Modellversuchs in Rheinland-Pfalz zu lesen war, wird selbst die Flucht aus den Lagern und das Abtauchen in die Illegalität positiv bewertet, da dann keine Sozialleistungen mehr für die Flüchtlinge zu zahlen sind.

"Ohne Druck geht gar nichts!": "Ausreisezentrum" in Fürth

... entpuppt sich als Abschiebelager

Union und SPD haben in öffentlichen Stellungnahmen kundgetan, „Ausreisezentren“ seien zu befürworten, da sie eine „mildere Alternative“ zur entwürdigenden Abschiebehaft darstellten. Aber noch kein Bundesland hat nach Einführung der „Ausreisezentren“ die Abschiebehaft abgeschafft, da sie, so der Verantwortliche für das „Ausreisezentrum“ in Rheinland-Pfalz, zwischen dem bisher „einzigen Druckmittel Abschiebehaft und letztendlicher Kapitulation [der Flüchtlinge] eine wichtige Lücke“ schliessen. Sie sind also eine weitere Ergänzung im System der Flüchtlingsabwehr. Das bestätigt auch Ministerialrat Steiner, der auf die Anfrage der Gruppe "res publica", ob Ausreisezentren die Abschiebehaft ersetzen sollen, antwortete: „Natürlich nicht!“

Die Unterbringung von Flüchtlingen und MigrantInnen in Ausreisezentren ist eine Missachtung der unantastbaren Würde der betroffenen Menschen und stellt einen Verstoß gegen internationale Menschenrechtsabkommen dar. JungdemokratInnen/Junge Linke fordern deshalb die Bundesländer, die bereits über „Ausreisezentren“ verfügen, auf, ihrem im Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland niedergelegten Verfassungsauftrag nachzukommen und das heißt: **Ausreisezentren abschaffen!**

Die angewandten Zermürbungsinstrumente im Abschiebelager Fürth:

- Leben hinter Zäunen, Zugangskontrolle und Überwachung durch einen privaten Sicherheitsdienst
- Einschränkung der Bewegungsfreiheit auf das Stadtgebiet Fürth
- Strikt kontrolliertes Verbot von Erwerbsarbeit
- Entzug aller Geldleistungen bei fehlender Mitwirkung
- Verbot von Deutschkursen
- Unterbringung in Mehrbettzimmern
- Ärztliche Grundversorgung nur mit Genehmigung der zuständigen Behörden
- Regelmäßige wöchentliche Verhöre zu Identität und Herkunftsland
- Aufzeichnung der Verhöre zur späteren Sprachanalyse
- Tägliche Ausgabe der Nahrungsmittelpakete zur Sicherstellung der Anwesenheit
- Willkürliche Zimmerdurchsuchungen nach Papieren, persönlichen Briefen oder anderen Dokumenten, auch bei Freunden und Bekannten
- Ermittlungen in Herkunftsländern
- Verpflichtung zu gemeinnütziger Arbeit (maximaler Lohn: 1 Euro/Std.)
- zwangsweise Vorführung bei Botschaften angenommener Herkunftsländer

Quelle: Bayerisches Innenministerium

Genug Zeit zum Nachdenken über eine "freiwillige Rückkehr" in besonderer Atmosphäre

...mehr zum Schwerpunkt auf den Seiten 2 -5!

„Regionale Schutzzonen"

Flüchtlingsabwehr mit Kanonenkugeln oder Internierung

In der Festung Europa will man sich gegenüber Flüchtlingen noch besser einschließen und politisch Punkte beim fremdenfeindlichen und vergreisenden Wahlvolk machen.

Obgleich die europäischen Länder vergreisen und dringend Zuwanderung bräuchten, schon allein um egoistisch den Wohlstand und die sozialen Sicherungssysteme zu erhalten, greift die Abwehr von Einwanderern um sich. Die von den USA durchgesetzten und von allen Law-and-Order-PolitikerInnen gerne aufgegriffenen Antiterrormaßnahmen haben mit dazu beigetragen, dass dieses schwierige Thema noch weiter aufgeladen und ausgebeutet wird.

Ex-territoriale Auffanglager

Beim EU-Gipfel diesen Jahres in Thessaloniki am 17.-20.06. hatte die britische Regierung das Konzept eingereicht, das die Einrichtung exteritorialer Auffanglager vorsieht. Und bevor noch irgendetwas offiziell oder zumindest öffentlich entschieden oder diskutiert wurde, scheinen die Vorbereitungen für den ersten Prototyp eines geplanten Auffanglagers für AsylbewerberInnen schon weit gediehen zu sein. Der Vorschlag der britischen Regierung ist, Flüchtlinge, die nach Großbritannien - oder in andere EU-Mitgliedsländer einer Koalition der Willigen - gelangen, gleich wieder in Lager zu bringen, die dort errichtet werden sollen, wo die Flüchtlinge herkommen. Das wird auch das Konzept der „Schutzzonen" in einem „sicheren Drittland" genannt.

Die britische Regierung begründet ihren Vorschlag der Abschiebung von Flüchtlingen in Schutzzonen oder Übergangslager außerhalb der EU damit, dass das bisherige Konzept gescheitert sei. Angegeben werden vor allem finanzielle Gründe. 10.000 US-Dollar würden AsylbewerberInnen jährlich kosten, die es bis nach Großbritannien geschafft haben, während das Flüchtlingshilfswerk der Vereinten Nationen (UNHCR) gerade einmal jährlich 50 Dollar für einen Flüchtling ausgebe. Zudem müssten die meisten illegalen EinwandererInnen ins Land geschleust werden, was auch Tausende von Dollar koste. Die Hälfte bis drei Viertel der BewerberInnen, die in die EU kämen, würden zudem nicht den internationalen Kriterien entsprechen, um als Flüchtlinge anerkannt zu werden. Es sei schwierig, zeitaufwändig und teuer, die abgewiesenen Flüchtlinge wieder abzuschieben.

Daher müssten außerhalb der EU „Schutzzonen" in den Regionen eingerichtet werden, aus denen die Flüchtlinge kommen. Hier sollen diese „besser geschützt" und von der UNHCR oder der Internationalen Organisation für Migration (IOM) betreut werden. In die dort eingerichteten „Regionalen Schutzzonen" oder Übergangslager würden auch die Flüchtlinge zurücktransportiert, die in die EU gekommen sind. Beispielsweise, so das noch vor dem Irak-Krieg formulierte britische Papier, würden Iraker in die Türkei, in den Iran oder in die kurdischen Schutzgebiete gebracht werden können. Hier könnten sie dann ihre Anträge stellen und inzwischen, fern der EU, im Lager das Ergebnis des Antrags auf Asyl abwarten. Mit dieser exterritorialen Lösung, explizit auch Abschreckung genannt, würde die Zahl der Wirtschaftsflüchtlinge erheblich reduziert werden, die Asylanträge stellen. Die kleine Anzahl derjenigen, denen Asyl bewilligt wird, könnte dann in der EU verteilt werden, die anderen sollten weitgehend - am liebsten vom UNHCR - in ihre Herkunftsländer zurückgebracht (repatriiert) werden. Da die Lebensbedingungen in den „Regionalen Schutzzonen" denen der Fluchtregion gleichen sollen, erwartet man insgesamt weniger Flüchtlinge, die es ja „alle nur besser haben wollen".

"rückkehrorientierte Beratung und Betreuung": wer hier drinsitzt, hat genug Zeit zum Nachdenken

Fotos S. 1 + 2: www.respublica.de (Abschiebeknast in Fürth)

Präzedenzfall Trstneik in Kroatien

In Kroatien scheint man schon einen Präzedenzfall zu schaffen. Im Januar 2003 wurden von der EU-Kommission bereits Gelder für den Aufbau eines Flüchtlingslagers im kroatischen Trstneik bewilligt. Wie die renommierte Tageszeitung "Observer" berichtet, soll dieses Lager, das 800 Flüchtlinge aufnehmen kann und fast fertiggestellt ist, als eine Art Test-Lager für das britische Konzept dienen, das in Thessaloniki beim Gipfel verhandelt wurde. In das ehemalige Militärlager sollen die Flüchtlinge geschickt und interniert werden, die in Großbritannien von Osteuropa aus ankommen.

Die britische Regierung verweist darauf, dass ihr Vorschlag erst einmal keine Kosten reduzieren würde. Die Gelder, die man im Inland sparen könne, müssten in den Ausbau der „Schutzzonen" fließen, deren Betrieb aber viel billiger wäre als der in den EU-Ländern. Wenn mehrere Ländern sich beteiligen, könnte die Kostenersparnis aber groß werden - und langfristig sowieso.

Weitere Infos u.a.: www.pro-asyl.de

Frauen in Migration

Illegalisierung und Kriminalisierung von MigrantInnen aus Osteuropa

Die Auswirkungen und Folgen des Transformationsprozesses in den ehemals sozialistischen Ländern bekommen insbesondere Frauen in ihrem Lebensbereich zu spüren. Die Absenkung des bisherigen Lebensstandards, niedrige Löhne, hohe Arbeitslosigkeit und der Abbau sozialer Absicherungen veranlasst viele Frauen, den Weg nach Westeuropa zu wagen, um sich und ihre Kinder besser versorgen zu können. Die Abschottungspolitik hier hat zur Folge, dass die Lebens- und Arbeitssituation der Frauen von Rechtlosigkeit bestimmt ist.

Migrantinnen aus Mittel- und Osteuropa

Um in der BRD für kurze Zeit ein (illegales) Beschäftigungsverhältnis mit einem Touristenvisum eingehen zu können, pendeln viele MigrantInnen ständig zwischen Polen und der BRD. Pendelmigration betrifft vielfach auch den Bereich der Heiratsmigration. Bedingt durch die geographische Nähe besteht ein dichtes Verwandtschafts- und Bekanntschaftsnetz von hier lebenden PolInnen und AussiedlerInnen. Des weiteren lassen rege Reisetätigkeiten der Deutschen neue, persönliche Beziehungen entstehen. Soweit sich Frauen entschließen, eine Beziehung in Deutschland zu führen, müssen sie auch bei einer Eheschließung mit einer möglichen Illegalisierung rechnen. Nach wie vor bekommt die Frau erst nach 3 Jahren Ehebestand ein eigenständiges Aufenthaltsrecht. Offenere Beziehungsstrukturen, in westeuropäischen Gesellschaften längst etabliert, werden damit ganz unmöglich. Von dieser rechtlichen Regelung profitieren viele Männer. Oft werden Frauen mit der Androhung der Scheidung und damit dem Verlust des Aufenthalts unter Druck gesetzt. In diesem Abhängigkeitsverhältnis sehen sich die Frauen oft gezwungen, für den Mann zu arbeiten sowie physische und psychische Gewalt auszuhalten. Nur, wenn die Frauen nachweisen können, dass ihnen im Falle der Rückkehr in ihr Herkunftsland „besondere Härten" drohen, behalten sie auch nach einem Jahr Ehe ein eigenständiges Aufenthaltsrecht.

Arbeiten in der Illegalität

Der legale Zugang zum deutschen Arbeitsmarkt ist für Frauen aus Osteuropa fast ausschließlich auf Au-Pair-Aufenthalte und Saisonarbeitsverträge beschränkt. Die typischen Arbeitsbereiche, von Migrantinnen - nämlich private Haushalte, Reinigungsgewerbe, Betreuungs- und Pflegedienste sowie in der Prostitution - sind häufig gekennzeichnet durch ungeschützte Arbeitsverhältnisse. Ein Aufenthaltsstatus lässt sich darüber nicht ableiten. Insbesondere Frauen aus der ehemaligen Sowjetunion finden sich wissentlich oder unter falschen Versprechungen in der Prostitution wieder, in dem Bemühen ihre soziale Lage zu verbessern. Inzwischen sind ca. 25% der Prostituierten in der BRD aus Osteuropa. Der Weg ist zumeist typisch: über die Finanzierung der Visa- und Reisekosten kommen sie hoch verschuldet hier her und sehen sich genötigt, ihre Schulden in der Prostitution abzuarbeiten. Dazu kommen falsche Versprechungen bzgl. der Arbeitsbedingungen und Verdienstmöglichkeiten sowie die fehlende Information über die hohen Lebenshaltungskosten hier. Die restriktiven Ausländergesetze bestimmen die Rechtlosigkeit der Frauen, die Gewalt und Ausbeutung zum Arbeitsalltag der Frauen werden lässt. Sie werden illegalisiert und kriminalisiert - gegen die Profiteure wird kaum ermittelt. Frauenhandel findet in den Medien und in der Politik zwar zunehmend Aufmerksamkeit, im Vordergrund steht aber ein sicherheitspolitisches Interesse, das sich gegen Schlepperbanden und illegale Einreise richtet. Bei der Bekämpfung von Menschenhandel fällt auf, in welchem Missverhältnis Ermittlungen und Verurteilungen im Rahmen von Organisierter Kriminalität stehen. Eine Erklärung für diese Tatsache ist, dass Frauen, die Opfer von Menschenhandel geworden sind, wegen Verstoß gegen das Ausländergesetz in Abschiebehaft kommen und häufig abgeschoben werden, ohne eine Aussage machen zu können. Frauen, die vernommen werden und bereit sind, gegen Frauenhändler auszusagen, wird kaum Hilfe angeboten. Die zeitlich befristete Duldung wird nicht aufgrund der traumatischen Erfahrungen erteilt, sondern nur abhängig davon, ob die Frauen für polizeiliche und juristische Ermittlungen benötigt werden. Spätestens nach Prozessende werden die Frauen abgeschoben, unabhängig davon wie gefährdet sie im Herkunftsland sind bzw. wie perspektivlos eine Rückkehr für sie geworden ist. Sie erleben ein zweites Mal, dass sie funktionalisiert werden, diesmal von staatlicher Seite.

E U - A b s c h o t t u n g

Bomben und Care-Pakete - Die Auslagerung der Humanität aus der Politik der EU

Der Flüchtlingsschutz hängt neben innenpolitischen Auseinandersetzungen um „Überfremdung“ und „Das Boot ist voll!“-Parolen auch mit der Außenpolitik zusammen. Ein Einblick in die Geschichte des 20 Jahrhunderts zeigt nicht nur die Kontinuität dieses Zusammenhangs; er zeigt auch die heut zugespitzte Situation in diesem Politikfeld.

1938 scheiterte eine Flüchtlingskonferenz in Evian, die vom damaligen US- Präsidenten Roosvelt initiiert wurde, an der Unwilligkeit aller beteiligten Staaten die Menschen aufzunehmen, die aus dem nationalsozialistischen Deutschland vor antisemitischer oder politischer Verfolgung flüchteten. Ihr Scheitern besiegelte den Tod unzähliger Menschen. Als 1951 die Genfer Flüchtlingskonvention verabschiedet wurde, stellte sie nicht zuletzt eine Antwort darauf dar. Durch sie sollte der staatliche Gnadenakt der Aufnahme von Flüchtenden zu einem individuellen Schutzanspruch werden. In Deutschland war zumindest eine gewisse Zeit sinnvoll im Grundrecht verankert. Mitlerweile nur noch ein Abschiebeverbot nach dem sogenannten „kleinen Asyl“ gegeben, der §51 des Ausländergesetzes, das in seiner rechtlichen Grundlage an der Flüchtlingskonvention angelehnt ist.

Foto: www.arbeiterfotografie.de

Demonstration am Rande des Grenzcamps in Köln, Sommer 2003

Die de facto Abschaffung des Grundrechts auf Asyl im Zuge der rassistischen Mobilmachung 1992/1993, die u.a. auch zu den Pogromen in Rostock-Lichtenhagen, Solingen und Mölln führte, war ein Schritt zum Ende der Flüchtlingshilfe im Inland. Die Regierungen der EU-Staaten erklären - auch wenn das klare Bekenntnis dieser zur Geltung der Genfer Flüchtlingskonvention auf dem EU-Gipfel von Tampere 1999 noch ganz anders klang - zunehmend zur offiziellen Strategie, dass „Massenfluchtbewegungen“ insbesondere aus Kriegs- und Krisengebieten verhindert werden sollen. Statt dessen wird eine „Regionalisierung“ des „Flüchtlingsproblems“ mit militärischen Mitteln angestrebt.

Sämtlicher Schutz und sämtliche Hilfe für Flüchtlinge soll in die jeweiligen Herkunftsregionen ausgelagert werden. Ginge es nach der britischen Regierung unter Blair und ihrem Papier „New Visions for Refugees“ wären präventive „Interventionen“, also Kriege schon allein zum Schutz der EU vor Flüchtlingen zu betreiben. Asylsuchende dürften prinzipiell nicht mehr in die EU einreisen und hätten ihre Asylanträge in den angrenzenden Ländern wie der Ukraine oder Rumänien zu stellen. Schließlich sollen wegen der internationalen Konkurrenz der Staaten und Wirtschaftsräume weniger Menschen kommen die uns „ausnützen“ und mehr die uns „nützen“, wie es von der CSU auf den Punkt gebracht wurde.

Wie das in der rechtlichen Praxis aussieht, zeigte das Oberlandesgericht Magdeburg. Es errechnete im Dezember 2001, dass Flüchtlinge aus dem Irak in den Lagern im Norden des Landes durchschnittlich 2229 Kalorien bekommen. Mit dieser Rechnung wurde eine „inländische Fluchtalternative“ proklamiert, die Anerkennungsquoten brachen darauf hin von vormals über 65% auf im Juli 22% ein. Lediglich der aufgrund der angespannten Situation fehlende Flugverkehr verhinderte Abschiebungen.

Wenn die "Humanität" aus den europäischen Staaten in die Herkunftsregionen verlagert wird, erfährt sie einen seltsamen Begriffswandel. Bis vor einigen Jahren war die humanitäre Hilfe ein Feld, auf dem Nichtregierungsorganisationen (NGO‘s) tätig waren - die Humanität wurde zumindest noch ideell als unparteiliches Helfen für Notleidende in Krisen- und Kriegsregionen verstanden. Spätestens seit dem Beginn der Luftangriffe der NATO auf den Kosovo wird der Begriff Humanität für militärische Eingriffe missbraucht. Er heisst dann „humanitäre Intervention“, Träger der Humanität wird das Militär, dem sich im konkreten Fall und zum Teil aus finanziellen Gründen ausser dem Internationalen Roten Kreuz und „Ärzte ohne Grenzen“ fast alle NGO‘s unterordneten. Diese Unterordnung und die Konfusion der Begriffe hat zweierlei zur Folge: Auf der einen Seite wird humanitäre Hilfe in viel stärkerem Maße beeinträchtigt, wenn sie als verlängerter Arm des Militärs, also parteilich agiert. Zum anderen ist der Propagandaeffekt für das Militär enorm, die Kriegsmaschinerie wird zum noch größeren Helfer als schon bei der Jahrhundertflut am Deich und die Arbeit der NGO‘s militarisiert.

Die Hilfe für Flüchtlinge, die aus der EU kommt, unterliegt somit zwei wesentlichen Konzepten. Die Perfektionierung der Abschottung der Außengrenzen wird mit ihr vorangetrieben, die Aufnahme von Flüchtlingen wieder wie schon vor 1951 auf einen staatlichen Gnadenakt zurückgeführt, internationales Vertragsrecht zum wiederholten Male obsolet. Dies geht einher mit der zunehmenden Militarisierung der Politik und der Normalisierung von Militär und Krieg. Dabei spielt es keine Rolle, ob und wie von der Bundesregierung mal ein Krieg ausgelassen wurde.

Stefan Fulz

E U - M i l i t a r i s i e r u n g

Die EU auf dem Sprung in den Kongo

Die Lage im Kongo ist tatsächlich dramatisch. Seit Jahren toben (nicht nur) in diesem Teil Afrikas Bürgerkriege, die hierzulande oft als Kriege unterschiedlicher ethnischer Gruppen dargestellt werden. Doch geht es dabei nicht zuletzt auch um Ressourcen, an denen auch die EU ein gesteigerts Interesse hat.

Während sich in Kinshasa eine Art Regierung bilden will, bekämpfen sich vor allem in der Provinz Ituri verfeindete Milizen, morden und plündern. Zehntausende Kindersoldaten werden von Warlords mit Gewehren und Uniformen ausgestattet und unter Drogen gesetzt. Die Zivilbevölkerung ist auf der Flucht. Die Felder werden nicht mehr bestellt. Mehr Sicherheit haben die Menschen, wenn sie sich einer Miliz anschließen, mehr Geld verdienen sie, wenn sie für die „erste Welt“ nach Gold, Diamanten oder Coltan graben. Essen kann man das zwar nicht, aber verkaufen, an Zwischenhändler, die mit ihren Riesenprofiten Waffen kaufen und den Konflikt am lodern halten. Die Waffen kommen hauptsächlich aus Ruanda und Uganda, Regierungssoldaten beider Länder sind mehrfach in den Kongo einmarschiert und sie tragen dort bis heute ihre Stellvertreterkriege aus.

Die Demokratische Republik Kongo (DRK) ist ein potentiell reiches Territorium, reich an Gold, Diamanten, Hölzern und dem von den USA als strategischen Rohstoff eingestuften Coltan, nahezu unverzichtbar für Mikroelektronik und unseren „Way of life“. Was zunächst nach einem Segen klingt, ist für die Menschen im Kongo jedoch ein Fluch, macht es sie doch zur Zielscheibe globaler Interessenpolitik, welche die DRK in eine scheinbar endlose Krise gestürzt hat. Seit 1998 sind nach Schätzungen der Organisation International Rescue Committee zwischen 3 und 4,7 Millionen Menschen durch den Bürgerkrieg in Kongo ums Leben gekommen.

Foto: www.typhoon.com

Haushaltsausgaben: 400 Kindergärten, 1.800 ÄrztInnen, 3.200 Krankenschwestern oder -Pfleger,...oder doch besser 150 "Eurofighter Typhoon"?

Nun benutzt die EU den Kongo als Sprungbrett in weltweiten militärischen Interventionismus. Elegant soll der Sprung sein. Mit 1400 Soldaten und einem robusten Mandat der UN soll in der Provinzhauptstadt Bunia wieder Ordnung einkehren. Statt Milizen, die sich gegenseitig und die Zivilbevölkerung massakrieren, patroullieren nun schwerbewaffnete französische Soldaten durch die Stadt. Für die Zivilbevölkerung ist es sicherer geworden, zu Tausenden flüchten sie in die Stadt. Die Milizen haben die Stadt verlassen, vor ihren Toren morden sie weiter. Kein Wunder, denn die Waffen und das Geld für sie fließen weiter ins Land.

Der EU geht es bei diesem Einsatz auch überhaupt nicht um Frieden im Kongo. Der Einsatz ist zeitlich und räumlich eng beschränkt. An einer Beteiligung an den Truppen der UN, welche nachher langfristig für Ruhe sorgen sollen, besteht von der EU wenig Interesse. Europäische Unternehmen verdienen weiter auf Kosten von Zwangsarbeitern und finanzieren eine fatale Machtelite, ohne belangt zu werden. Eine am 2. Juni 2000 von der UN eingesetzte Expertenkommission zur illegalen Ausbeutung der natürlichen Ressourcen der DRK kommt zu dem Schluss, dass die „systematische Ausbeutung“ des Kongo einerseits die militärischen Machthaber und ihre Truppen finanziert und anderseits die Voraussetzung für illegale Netzwerke schafft und somit verantwortlich für das Anhalten des Konfliktes ist. Im Anhang des Gutachtens werden 38 Firmen genannt, welche über Ruanda Rohstoffe aus dem Kongo importieren, vor allem Coltan. Von diesen Firmen sind 13 aus Belgien, jeweils fünf aus Deutschland und den Niederlanden. Eben diese Staaten wollen nun im Kongo ihren Paradetanz auf dem Internationalen Schachbrett aufführen. Der erste autonome Kampfeinsatz der EU dient nicht nur der Übung und Profilierung, sondern zugleich als Startschuss des in den Verteidigungspolitischen Richtlinien angekündigten und mit der EU-Verfassung praktisch umgesetzten EU-Interventionismus.

Foto: www.arbeiterfotografie.de

"...mit Gott auf Eurer Seite": Soldatengottesdienst im Kölner Dom

Es ist derselbe Interventionismus, der den Kongo zum Bürgerkriegsland gemacht hat, der seine Bewohner als Sklaven importierte, Afrika auf der Berliner Kongo-Konferenz 1884 recht willkürlich unter den europäischen Kolonialmächten aufteilte, den Kongo zur belgischen Kolonie machte, ihn 1960 unabhängig werden ließ und seitdem als Schauplatz für Stellvertreterkriege und billige Ressourcenquelle nutzt.

Was Europa nach Afrika exportiert, war noch nie Frieden und Demokratie, sondern Militarisierung und Krieg - aber wie sollte man auch Frieden durch Soldaten exportieren. Anstatt die EU-Außenpolitik mit pseudo-humanen Einsätzen zu kaschieren, sollte Kerneuropa mal zu Hause intervenieren, beispielsweise gegen einen Kapitalismus, der die Menschen hier zu Ich-AGs macht und im Kongo zu Miliziönären. Beispielsweise mit Sanktionen gegen Firmen wie der Bayer-Tochter H.C. Starck, die vom Elend im Kongo profitieren, mit dem Stopp aller Waffenexporte und Waffenfabrikation. Mit Bemühungen um eine globale soziale Umverteilung, die den Menschen im Kongo Perspektive und materielle Sicherheit bringt. Und eine Produktionsstruktur, die den Bedürfnissen der Bevölkerung entspricht. Was sind schon Diamanten? In Bunia wird die Munition nicht knapp werden, aber für die Flüchtlinge ist nicht genug zu Essen da.

Christoph Marischka ist Beirat der Informationsstelle Militarisierung

Der Artikel ist entnommen der „Zeitung gegen den Krieg“ Nr. 15. (September 2003), zu bestellen bei: zeitung-gegen-den-Krieg@gmx.de

D e b a t t e

Offene Grenzen vs. Soziale Rechte?

Die Forderung nach offenen Grenzen sieht sich in der Linken, insbesondere aus dem gewerkschaftlichen Spektrum, schon immer einer Kritik ausgesetzt: Die Forderung nach schrankenloser Zuwanderung sei im Kern neoliberal, weil sei dem Interesse des Kapitals nach weltweit flexiblen Arbeitsmärkten entspräche. Die Verteidigung der Tarifpolitik erfordere auch zum Schutz der ausländischen KollegInnen eine Kontrolle der Migration.

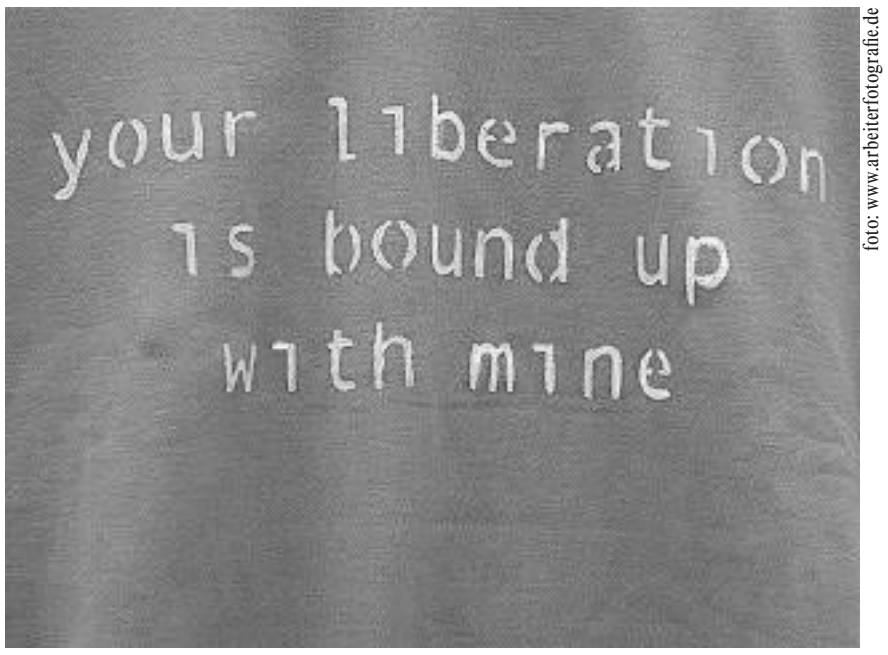


foto: www.arbeiterfotografie.de

Position der Gewerkschaften: Beispiel IG BAU
Die Gewerkschaft sieht sich insbesondere im Baugewerbe mit einer zunehmenden Zahl illegal beschäftigter ArbeitsmigrantInnen konfrontiert. Ca. 300.000 arbeiten in diesem Bereich zu Löhnen weit unter Tarif. Obwohl wenigstens für polnische Arbeiter ein Tarifvertrag über den Mindestlohn (ca. 8 -10 Euro/Std.) durchgesetzt werden konnte, arbeiten auch diese meist für 1,50 – 3,00 Euro, in Extremfällen für 50 Cent.

Foto: AFL-CIO, New York

"We`re all fighting for the same struggle": Demonstration der us-amerikanischen Gewerkschaften für die Rechte der MigrantInnen, "Immigrant Workers Freedom Ride", 04. Oktober 2003, New York

Diese illegale Beschäftigung erhöht den durch die Talfahrt des Baugewerbes entstandenen Druck auf einheimische Bauarbeiter (auch derjenigen, die in den 60er/70er Jahren zugewandert sind). Sie sind angesichts solcher Dumpinglöhne nicht mehr konkurrenzfähig. Aber auch die für ein paar Monate beschäftigten Bauarbeiter aus ost- und südeuropäischen Ländern können sich angesichts der hiesigen Lebenshaltungskosten mit diesen „Löhnen" keine Existenz aufbauen. Illegalisierte haben dazu keine Möglichkeit, selbst rudimentärste Rechte (Arbeitsschutz z.B.) durchzusetzen. Am meisten profitiert davon das Kapital. Selbst, wenn ein Unternehmer sich weigert, die vereinbarten Löhne zu zahlen, hat er keine Konsequenzen zu fürchten: Eine Anzeige hätte vor allem die sofortige Abschiebung der Illegalisierten zur Folge. Die Geldstrafen für die Unternehmer hingegen können aus der Portokasse gezahlt werden. Indirekt profitiert auch der Staat von diesen Verhältnissen: er muss beim Bau von öffentlichen Gebäuden weniger ausgeben, als wenn die Tariflöhne eingehalten werden. Inzwischen konnte zwar durchgesetzt werden, dass auch ausländische Firmen den nationalen Mindestlohn zahlen müssen. Da aber sowohl in- als auch ausländische Firmen meist über ein Netz von Subunternehmen verfügen, an dessen Ende nicht selten mafiöse Strukturen stehen, ist dies kaum durchsetzbar.
Deshalb sehen sich die Gewerkschaften genötigt, legale Arbeitsplätze zu schützen. Nicht selten hat das auch die Kooperation mit der Polizei zur Folge: da die Gewerkschaften auf den privaten Baugeländen, erst recht auf jenen Geländen, wo die illegalen Arbeiter in Unterkünften „gehalten" werden, keine rechtliche Handhabe haben, holen sie die Polizei hinzu – mit oben beschriebenen Konsequenzen.
In anderen Bereichen dürfte es noch düsterer aussehen. Gerade im Gaststätten- und Dienstleistungsgewerbe ist der gewerkschaftliche Organisationsgrad noch deutlich geringer als im Bau. Hier tarifliche Standards durchzusetzen, fällt also noch mal wesentlich schwerer. Auch wenn die Notwendigkeit genauso groß ist: Denn nur, wenn auch für die schwächste Gruppe der ArbeitnehmerInnen solche Standards durchgesetzt werden können, gelten sie tatsächlich für alle.

Die Gegenposition
Etwa die Arbeitsgruppe „Arbeit und Migration" des Netzwerks „kein mensch ist illegal" stellt nicht die Einhaltung sozialer und tariflicher Standards in den Mittelpunkt ihrer Politik, sondern die Forderung nach Offenen Grenzen. „Dorthin gehen zu können, wohin mal will" ist ihnen „banales Menschenrecht" (Birgit Beese in: junge welt, 08.09.2003). Spätestens bei der letzten Konsequenz der oben beschriebenen Politik gehen sie nicht mehr mit: Denn die Razzien auf Baustellen haben eben zur Konsequenz, dass die Betroffenen abgeschoben werden, teilweise in Abschiebehaft landen und hierfür auch noch aufkommen müssen, während die Unternehmer fein raus sind.
Sie fordern einen Perspektivenwechsel: Das Interesse der MigrantInnen soll im Vordergrund stehen, nicht eine alternative Form der Regulierung und Steuerung der Migration. Dies beinhaltet auch, für die illegalisiert hier lebenden Menschen Partei zu ergreifen, die durch ihre Illegalität gezwungen sind, eben auch solche Beschäftigungsverhältnisse anzunehmen. Hinzu komme, dass es sich hierbei meistens um Jobs handele, in denen Deutsche längst nicht mehr arbeiten wollen – aufgrund der schlechten Bedingungen und niedrigen Löhne gerade etwa im Dienstleistungssektor.
Einher damit geht die Feststellung, dass der Kapitalismus sich gewandelt habe. In der historischen Phase des Fordismus – etwa von den 20er bis in die 70er Jahre – sei die Integration der GastarbeiterInnen der 60er Jahre in die bestehenden Tarifstrukturen kein Problem gewesen. Inzwischen aber sei die Flexibilisierung von Arbeit und die Auslagerung ganzer Arbeitsbereiche aus Großunternehmen in Subunternehmen die Normalität, und da stände am unteren Ende der Hierarchie dann eben auch Schwarzarbeit. Damit einher ginge die Ausweitung des „informellen Sektors", also der schlechtbezahlten und unsicheren Dienstleistungen in Hotels, Reinigungsfirmen, etc. Dieser informelle Sektor sei soweit integraler Bestandteil des Kapitalismus heute, dass er nicht mehr verdrängt werden könne. Dieser Realität hätten die Gewerkschaften sich zu stellen, sonst gingen sie unter.
Ein gutes Beispiel böten hier die US-amerikanischen Gewerkschaften. Ihre Renaissance Ende der 90er Jahre ging weitgehend auf eine Öffnung gegenüber illegalisierten lateinamerikanischen ArbeiterInnen zurück. Die Forderung an die Gewerkschaften ist daher, sich der Forderung nach Legalisierung aller hier lebenden Menschen anzuschließen.

Beispiel USA
Dabei verdeutlicht das Beispiel der USA auch einige Probleme. Inhalt der Lösung dort war, die ArbeiterInnen betrieblich gleichzustellen. Sie erhalten gleiche Löhne und zahlen Steuern, allerdings ohne einen legalen Aufenthaltsstatus zu bekommen (im Gegensatz zu Deutschland waren bis zum 11.09.2001 die Behörden dort nicht sehr interessiert, Illegalisierte aufzuspüren, weshalb das überhaupt nur funktionieren konnte). Es haben sich aber einige Schwierigkeiten gezeigt. Zum einen arbeiten viele illegalisierte MigrantInnen im informellen Sektor dort, wo keine Gewerkschaft je hinkommt: in den Betrieben von Verwandten, innerhalb der ethnisch definierten „community". Zum anderen ist es für das Kapital weiterhin attraktiver, unorganisierte Illegale zu beschäftigen: Um Arbeitsschutzbestimmungen etwa muss man sich dann keine Sorgen machen. Wer vom Gerüst fällt, wird verscharrt. Für die Illegalen ist es in der Konkurrenz auf dem informellen Arbeitsmarkt also unter Umständen sogar von kurzfristigem Vorteil, sich nicht zu organisieren. Drohen sie damit, können Arbeitgeber ganze Belegschaften auch einfach austauschen.
Die Forderung nach Legalisierung ist richtig und wichtig, da sie auch für andere Bereiche (Gesundheitsversorgung, Schulbesuch, Ausbildung, etc.) positive Konsequenzen hat. Sie muss aber einhergehen mit dem Kampf für den Erhalt gewerkschaftlich erkämpfter Standards und Tarife. Aufgedeckte illegale Beschäftigungsverhältnisse müssen legalisiert werden, um die ArbeitnehmerInnen zu schützen.

Dirk Burczyk

Foto: www.arbeiterfotografie.de

Transparent bei einer Aktion im Rahmen des Grenzcamps in Köln, Sommer 2003

K a m p a g n e

Open borders-Open minds! Fight racism!

Der Abschiebeknast Büren

Die Situation von MigrantInnen, die in der EU bzw. in Deutschland leben, ist weiterhin miserabel und menschenverachtend! Mit dieser Kampagne wollen wir, JungdemokratInnen/ Junge Linke NRW, die Verschlechterungen der Lebensbedingungen aufzeigen und gegen den alltäglichen und allgegenwärtigen Rassismus kämpfen! Ob nun staatlich legitimiert oder gesellschaftlich tief verankert, der Kampf gegen Rassismus ist elementarster Bestandteil radikaldemokratischer Politik.
Deshalb organisieren JungdemokratInnen/ Junge Linke NRW auch dieses Jahr wieder eine große Bündnisdemo gegen den Frauenabschiebeknast in Neuss und starten unsere Kampagne „Open borders - open minds! Fight racism!“. Wir werden in vielen Städten in NRW Abend- und Diskussionsveranstaltungen zum Thema Antirassismus machen, um zum einen aufzuklären und zum anderen den Kampf gegen Rassismus wieder stärker ins Blickfeld radikaldemokratischer Politik zu rücken.

Illegal in Deutschland oder wie kann ein Mensch überhaupt illegal sein?!?
Denunziantische Medien und populistische PolitikerInnen haben den Begriff der sog. „ Illegalen“ in Deutschland geprägt. In der EU leben nach Schätzungen etwa 4 Millionen Illegale, in Deutschland davon etwa 1 Million; wobei dies nur Schätzungen sind, da natürlich keine offiziellen Zahlen existieren. Die Rede ist dann von Menschen, welche sich ohne „gültige“ Aufenthaltspapiere in einem Land befinden oder ohne gültige Einreisedokumente eingereist sind. Damit werden Menschen ohne Papiere generell unter Kriminalitätsverdacht gestellt und öffentlich gebrandmarkt. Das ein Mensch überhaupt den Status eines Illegalen, also quasi Rechtlosen, bekommt, ist schon eine große Widerlichkeit, denn das einzige was die MigrantInnen getan haben ist, dass sie vor Hunger, Folter, Tod, Verfolgung und Krieg geflohen sind und sich nun auf einem anderen Territorium befinden wo sie schon wieder nicht erwünscht sind. Aber verbrochen haben sie nun wirklich nichts. Auch ihre Lebenssituation ist alles andere als rosig, sie leben in der ständigen Angst entdeckt zu werden und dann sofort wieder abgeschoben zu werden. Da sie rechtlich gar nicht existieren bzw. keinen Rechtsstatus besitzen, haben sie natürlich auch keinen Anspruch auf Sozialhilfe, Krankenversicherung und Bildung. Der Alltag ist gekennzeichnet von einem regelrechten Überlebenskampf, welcher von ständiger Angst gekennzeichnet ist entdeckt zu werden. Die einzige Chance einigermaßen zu überleben, ist oft die Flucht in prekäre Arbeitsverhältnisse wie ErntehelferInnen oder Prostitution. Die Situation ist für Frauen aufgrund der patriarchalen Unterdrückungsmechanismen noch schlechter und ihnen bleibt oft nur die Flucht in die Prostitution.

Abschiebung, Abschiebehaft, Ausreisezentren
In der letzten Zeit wurde in den öffentlichen Debatten immer verkündet, dass MigrantInnen jetzt noch schneller abgeschoben werden sollen. Dies geschieht leider in zunehmendem Maße auch. Die Innenminister der Länder haben die Vorschriften und Gesetze dahingehend geändert, dass es den Ausländerbehörden noch einfacher gemacht wird, Menschen abzuschieben. Wenn die MigrantInnen die Abschiebung überlebt haben, ist ihnen ein sicheres Leben in den Ländern, in die sie abgeschoben werden, fast nie gewährleistet. Viele verschwinden nach ihrer Abschiebung spurlos und mensch muss annehmen, dass sie in ihrem „Heimatland“ nun der Verfolgung vor der sie geflohen sind, wieder schutzlos ausgeliefert sind. Auch ist die Situation vor der Abschiebung von einer menschenverachtenden Logik geprägt. MigrantInnen werden in Abschiebeknästen interniert und warten dort oft eine sehr lange Zeit auf ihre Abschiebung. Oft sind sie von ihren Familien getrennt und bekommen nur eine sehr mangelhafte medizinische Versorgung. Das Konzept dieser Abschiebeknäste ist gekennzeichnet von einem langen Zermürbungsprozess, welcher von staatlicher Seite gezielt herbeigeführt wird. Nicht selten kommt es zu Selbstmordversuchen. Auch berichteten MigrantInnen schon von Übergriffen von den VollstreckungsbeamtInnen.

Eine weitere Widerlichkeit sind die sog. Ausreisezentren. Dieser euphemistische Begriff bezeichnet eine Einrichtung, in denen MigrantInnen verschiedenster Nationalitäten zwar eine gewisse Bewegungsfreiheit besitzen, aber in den trostlosen Gebäuden auf ihre Abschiebung, oder wie es im Amtsdeutsch heißt Rückführung, warten. Diese Ausreisezentren werden von privaten Sicherheitsdiensten beaufsichtigt. Damit soll die lückenlose Kontrolle der MigrantInnen gewährleitstet werden. Das offizielle Konzept basiert auf Zermürbung und der Aufgabe des Menschen, damit sie willenlos in Hunger, Folter, Krieg, Tod oder Prostitution abgeschoben werden sollen.

Residenzpflicht und andere Widerlichkeiten
Mit der Einführung des AsylbewerberInnenleistungsgesetz und der damit verbunden Residenzpflicht werden die MigrantInnen wieder ein Stück mehr ihrer Menschenwürde beraubt.
Die Sozialhilfe für AsylbewerberInnen liegt unter dem physischen Existenzminimum eines deutschen Sozialhilfeempfängers. Oft wird den MigrantInnen das Geld gar nicht ausgezahlt, sondern sie bekommen Lebensmittelgutscheine oder „Fresspakete“. Diese Lebensmittelgutscheine können oft nur in sehr wenigen Geschäften eingelöst werden, welche oft auch sehr schlechte Lebensmittel im Verkauf haben und meistens auch keinerlei Produkte aus der kulturellen Herkunft der MigrantInnen anbieten. Auch können MigrantInnen zur gemeinnützigen Arbeit gezwungen werden, wobei der Stundenlohn bei 1 Euro die Stunde liegt. Sollte diese Arbeit verweigert werden, so wird ihnen das Taschengeld von 40 Euro pro Monat gestrichen.
Die Residenzpflicht verbietet den MigrantInnen sich aus dem Zuständigkeitsbereich des Ausländeramtes zu entfernen, welches in NRW meist die Regierungsbezirke sind. Diese massive Einschränkung der Bewegungsfreiheit verhindert oft den Besuch bei FreundInnen oder auch das politische Engagement und verletzt auf elementarste Weise das Grundrecht auf Bewegungsfreiheit.

Einwanderungsgesetz und die kapitalistische Verwertungslogik
Die Diskussionen über das Einwanderungsgesetz sind nun abgeflacht. Aber die Essenz aus der Diskussion und den Entwürfen ist ganz klar abzulesen. Es sollen nur noch die Menschen einwandern, welche für das kapitalistische System verwertbar sind. Also nur noch hochqualifizierte Fachkräfte und alle anderen Menschen sollen noch möglichst vor den EU-Grenzen abgeschirmt werden. Hiermit wird das Recht auf Asyl, welches schon so oft eingeschränkt wurde faktisch komplett abgeschafft! Die einzige Absicht, welche mit diesem Gesetz verfolgt wird, ist die bedingungslose Abschottung nach außen, geprägt von einer höchst menschenverachtenden Verwertungslogik.

Prekäre Arbeitssituation oder der Zwang zum bedingungslosen Verkauf der eigenen Arbeitskraft
„Illegalisierte“ oder „geduldete“ MigrantInnen sind oft gezwungen, ihre Existenz durch den bedingungslosen Verkauf ihrer Arbeitskraft zu sichern. Sie arbeiten oft als ErntehelferInnen oder im Bau-, Reinigungs-, Sexgewerbe. Dort sind sie meist illegal beschäftigt und bekommen noch nicht einmal den EU-Mindestlohn. Somit sind sie nicht angemeldet und haben dementsprechend auch keinen Anspruch auf Kranken-, Renten-, Unfall-, Arbeitslosensversorgung.
Die ArbeitgeberInnen profitieren natürlich im kapitalistischen System ohnehin schon aus dem Zwang zum Verkauf der eigenen Arbeitskraft, aber die Situation für die MigrantInnen ist gekennzeichnet von einem System fast ohne irgendwelche arbeitsrechtlichen Standards. Die ArbeitgeberInnen steigern ihre Gewinne durch die schamlose Ausbeutung. Auf Solidarität von deutschen ArbeiterInnen können die MigrantInnen kaum hoffen, da auch ihre deutschen KollegInnen unter einem immensen Konkurrenzdruck stehen und sich selbst zu oft unhaltbaren Bedingungen auf dem Arbeitsmarkt anbieten müssen. Das in dieser prekären Beschäftigungssituation natürlich Neid und Missgunst entstehen, ist nicht verwunderlich, wobei es immer die falschen AdressatInnen trifft, denn nicht die MigrantInnen sind an der unhaltbaren Situation schuld, sondern die ArbeitgeberInnen bzw. das kapitalistische System selbst. Die Gewerkschaften sind momentan nicht in der Lage, sich dieser Situation anzupassen und Arbeitskämpfe zu organisieren, welche das Problem an der Wurzel packen. Die Gewerkschaften arbeiten leider auch oft mit den Ausländerbehörden zusammen und werden somit auch zu einem Teil des rassistischen Systems und verlieren ihre eigentliche Aufgabe, sich für die Rechte aller ArbeiterInnen und Angestellten einzusetzen!

Der Kampf gegen den alltäglichen und staatlich legitimierten Rassismus ist weiterhin eines der wichtigsten Ziele. Um über all diese Fakten Aufklärung zu geben und eine breite Öffentlichkeit zu schaffen, ist ein vielfältiger und kreativer Kampf notwendig.

Grenzen auf für alle!
Kampf dem rassistischen und sexistischen Normalzustand!
Schluss mit der Rasterfahndung und dem sinnlosen Sicherheitswahn!
Kein Mensch ist illegal!

Lieber rein in die Stadt als heim ins Reich

Im Rahmen unserer Antirassismus - Kampagne „Open borders, Open minds! Fight racism!“ bieten wir euch ReferentInnen für Tages- oder Abendveranstaltungen zu folgenden Themen an:

Festung Europa
Tagesveranstaltung zu europäischer Flüchtlingspolitik

Illegalisierung von Menschen
Tagesveranstaltung

Frauen und Migration
Tagesveranstaltung zu Migrantinnen in Deutschland

Asylpolitik
Allround-Tagesveranstaltung

Ausreisezentren
Tagesveranstaltung zu Abschiebeknäste und Ausreisezentren, der Gipfel des staatlichen Rassismus!

Die Antirassismuskampagne lebt von euch und eurem Engagement. Also tragt den antirassistischen Widerstand in eure Städte hinein und organisiert Veranstaltungen!

Kostenlos - aber nicht umsonst: Infos zu den Veranstaltungen und unseren Materialien - Flugis, Spuckis, Broschüren - könnt ihr über die Landesgeschäftsstelle erfragen (0234/579 678 49), oder einfach im Internet (www.jungdemokratinnen.de) anschauen und bequem mit dem web-coupon bestellen!

Broschüre:Kein Mensch ist illegal.-Faltblatt:Deportation Class Lufthansa Kampagne-Grenzen auf für alle(bunt, A2)-Neuss-Demo 2003-Flugis:-Open borders, open minds. Fight Rascism! Das Flugblatt zur Kampagne.-Abschottung total. Die Verschärfung des Einreise- und Ausweisungsrechts.-Residenzpflicht abschaffen.-Weg mit der Abschiebehaft-Rechtlos ohne Papiere. Wie aus Menschen „Illegale” gemacht werden-Flüchtlinge hier geblieben. Die Residenzpflicht-Festung Europa. Abschottung-Flüchtlingspolitik auf europäisch-Wegsperren und Aushungern. Über ein Stück staatlichen Rassismus.-Der Mensch ist Mittel.Punkt. (Selbstdarstellung der JungdemokratInnen/Junge Linke)-Reader:Open borders, Open minds! Reader für die antirassistische Arbeit-Spuckis:-Grenzen auf für alle!

S c h u l p o l i t i k

Bildung reformieren – aber richtig!

Gastbeitrag von Sarah Stockmann, Sprecherin der LandesschülerInnenvertretung (LSV)

Auch die LSV NRW hat sich mit den Ergebnissen der PISA- und IGLU-Studien auseinandergesetzt, und aus den eindeutigen Ergebnissen die Schlussfolgerung gezogen: Das gegliederte deutsche Schulsystem mit seiner starken Selektion ist den integrativen Schulsystemen anderer Länder unterlegen. Die einzige Schulform, die in Deutschland gute Ergebnisse hervorbringt, ist die Grundschule - die einzige wirklich integrative Schulform in Deutschland.

Schlussfolgerungen aus Pisa

Wurden früher die Verfechter integrativer Schulsysteme als IdeologInnen beschimpft, so hat sich das Blatt heute gewendet. Wahre Ideologen sind heute die, die noch im Angesicht der empirisch belegten Ergebnisse von PISA und IGLU am selektiven Schulsystem festhalten und sich jeder Diskussion um die Schulstruktur verweigern.

PISA hat festgestellt, dass in Deutschland das Problem bei der Vermittlung von Lesekompetenz, bei der Mathematik und auch in den Naturwissenschaften liegt. Das *größte* Problem aber, das PISA aufgedeckt hat, ist, dass in keinem Land der Welt der Bildungserfolg so stark vom familiären Hintergrund abhängt wie bei uns. Chancengleichheit ist in Deutschland eine leere Worthülse.

Und noch eines hat PISA überdeutlich gemacht: Homogene Lerngruppen gibt es nicht. Das gegliederte Schulsystem gaukelt uns vor, streng nach Leistung zu sortieren, um so allen eine optimale, ihren Bedürfnissen entsprechende Bildung zukommen zu lassen. Alle bei PISA erfolgreichen Länder arbeiten ganz selbstverständlich mit gemischten Lerngruppen. Und auch der Grundschule, die sich bekanntlich aus gemischten Lerngruppen zusammensetzt, wurden bei IGLU gute Ergebnisse bescheinigt. Wollen wir das nordrhein-westfälische Bildungssystem voranbringen, müssen wir uns also endlich vom Wahnsinn des Homogenitätsdenkens verabschieden.

Daher fordern wir die Ausweitung der gemeinsamen Lernzeit auf 10 Jahre – eine „Schule für alle". An diese zehnjährige gemeinsame Lernzeit soll eine dreijährige quasi-gymnasiale Oberstufe oder als Wahloption für die SchülerInnen eine ebenfalls drei-jährige duale Ausbildung, die den Erwerb des Abiturs mit einer Ausbildung verbindet, angeschlossen werden.

Diese Forderungen gehen weit, doch wenn man die Ergebnisse von PISA, IGLU und anderen Studien ernst nimmt und wenn man eine Bildung zum Ziel hat, die tatsächlich *allen* Schülerinnen und Schülern gleiche Chancen bieten soll - dann gehen sie gerade weit genug.

Mitbestimmung und Demokratie

Die Schule ist der einzige Ort in der Gesellschaft, in der junge Menschen zu mündigen BürgerInnen werden können. Mitbestimmung bzw. Partizipation muss daher auch in der Bildungspolitik und in der Schule eine wichtige Rolle einnehmen. Denn Partizipation ist einerseits im Sinne einer demokratischen Erziehung ein Wert an sich; darüber hinaus wirkt sich verstärkte Partizipation aber andererseits auch auf andere Lernbereiche aus. Schülerinnen und Schüler, die lernen, eigene Ansprüche und Forderungen zu entwickeln, erlernen methodische Fähigkeiten, die sie auch in anderen Lernzusammenhängen benötigen.

Ein Mehr an Partizipation wirkt sich auch positiv auf die Lernmotivation aus. Nur wenn Schülerinnen und Schüler mitbestimmen können, was sie wann wo wie von wem lernen, lernen sie gerne. Und wenn sie gerne lernen, lernen sie auch erfolgreich.

Doch in der Realität ist die Schule ein hierarchisches Konstrukt, deren „Oberster Befehlshaber" meistens der Schulleiter ist.

Um Schule endlich demokratischer zu gestalten, fordern wir folgende Maßnahmen:

1. Eine gründliche Novellierung des Schulmitwirkungsgesetztes, wobei die Einführung der Drittelparität in der Schulkonferenz und das Stimmrecht in der Fachkonferenz das Minimum ist.
2. Aufnahme des Themas „Partizipation und SV-Arbeit" als Pflichtbereich in die Lehrerausbildung. Lehrerinnen und Lehrer müssen ein stärkeres Bewusstsein für die Bedeutung dieses Themas bekommen und in der Lage sein, SV-Aktive bei ihrer Arbeit zu unterstützen. In diesem Zusammenhang fordern wir außerdem, das Thema SV-Arbeit als Pflichtthema in den Politikunterricht aufzunehmen.
3. Unterricht muss demokratischer gestaltet werden. Partizipation ist nicht nur eine Frage von formalen Regelungen, sondern muss auch im täglichen Unterricht ihren Platz finden. Um dies zu erreichen, muss sich die Rolle des Lehrers bzw. der Lehrerin vom allwissenden Hierarchien zu einem/r begleitenden Lern-ModeratorIn wandeln, der bzw. die den Unterricht gemeinsam mit den SchülerInnen entwickelt.

Nur wenn wir diese Maßnahmen konsequent angehen, kann Schule ihrer Funktion in einer demokratischen Gesellschaft gerecht werden.

Foto: www.arbeiterfotografie.de

LandesschülerInnenvertretung in Aktion: Demonstration gegen den Irakkrieg, April 2003

Gegen zentrale Abschlussprüfungen

Unter dem Stichwort der „Qualitätssicherung" wird die Forderung nach einer zentralen Abschlussprüfung immer lauter. Sie sollen auch der Vergleichbarkeit gelten. Dem steht die jeweils konkrete Lernsituation entgegen. Denn was können SchülerInnen dafür, wenn sie unterschiedlich befähigte LehrerInnen haben, oder über lange Zeit in einzelnen Fächern gar nicht unterrichtet werden? Andererseits ist damit jede Partizipation der SchülerInnen am konkreten Lehrplan unmöglich, individuelle Interessen müssen dann unberücksichtigt bleiben.

Die LSV NRW fordert daher die Landesregierung auf, die Pläne zu zentralen Abschlussprüfungen schnell wieder zu vergessen. Wir sehen die geplanten landesweiten Lernstandserhebungen als gute Möglichkeit, zu einer vernünftigen Qualitätssicherung zu kommen. Dies kann aber nur geschehen, wenn für entdeckte Defizite nicht einzelne Schulen oder LehrerInnen abgestraft werden. Den Defiziten muss gezielt mit Weiterbildung und individueller Beratung entgegengewirkt werden. So, und nicht mit noch mehr Leistungsstress für alle Beteiligten, kann wirklich Qualität gesichert werden.*(von der Redaktion gekürzt)*

S t u d i e n g e b ü h r e n

Studieren geht über finanzieren

In drei Stufen soll das neue Studienkonten- und -finanzierungsgesetz (StkfG) in Nordrhein-Westfalen dafür sorgen, dass das Studium teurer, verschulter und unwissenschaftlicher wird: Seit dem Sommersemester 2003 kostet das verspätete Zahlen des Semesterbeitrages und die Zweitschrift eines verlorenen StudentInnenausweises 25 Euro Strafgebühren. Ab Sommer 2004 werden »Langzeit«studentInnen und StudentInnen im Zweitstudium mit voraussichtlich 650 Euro pro Semester bestraft werden, ab dem Sommersemester 2007 soll das komplette Hochschulstudium umstrukturiert worden sein und mit Studiengebühren in Form von so genannten Studienkonten belegt werden.

Strafgebühren ab sofort

Alle, die ihren StudentInnenausweis verloren haben oder ihren Semesterbeitrag zu spät überwiesen haben, haben die ersten Auswirkungen des neuen NRW-Studiengebührengesetztes bereits bemerkt: 25 Euro Strafe verlangen die Hochschulen für solche »Vergehen«. Doch hier stehen die Chancen nicht schlecht, diese Gebühren juristisch wieder zu kippen. Das Aktionsbündnis gegen Studiengebühren (ABS) führt derzeit landesweite Sammelklagen gegen diese Gebühren durch (siehe www.abs-nrw.de). Mittlerweile gibt es auch schon den ersten Teilerfolg zu vermelden: Das Ministerium setzte die 25-Euro-Gebühren vorerst aus.

„Virtuelle" Studienkonten ab 2004

Ab dem Sommersemester 2004 sollen alle StudentInnen ein virtuelles Studienkonto bekommen. Dieses Konto besteht aus der aufgerundeten anderthalbfachen Regelstudienzeit – bei neun Semestern Regelstudienzeit beträgt das »Guthaben« also 14 Semester. Wer diese Zeit ab dem Sommersemester 2004 überschritten hat, soll voraussichtlich 650 Euro pro Semester zahlen. In Nordrhein-Westfalen wird das mindestens ein Viertel aller rund 500.000 StudentInnen betreffen. Ausnahmen wird es bei einem frühen Wechsel des Studienfachs, für die Erziehung von Kindern, Pflege von Angehörigen, Krankheit, Gremienarbeit etc. geben. Wer bereits ein Studium im In- oder Ausland abgschlossen hat, wird um die Zahlung kaum herumkommen. Sie sollen sich nach dem Willen der Landesregierung auf den Arbeitsmarkt begeben, falls sie sich kein Studium leisten können.

Studienkonten ab 2007

Mit einer Neuberechnung der Gebühren und einer grundlegenden Studienreform wird ab dem Sommersemester 2007 dann das ganze Ausmaß der neuen Studiengebühren zu spüren sein.

Foto: www.arbeiterfotografie.de

Zum Sommersemester 2007 werden die Studiengebühren neu berechnet. Abrechnungseinheit ist dann die Semesterwochenstunde. Zur Verfügung steht die von der jeweiligen Prüfungsordnung vorgesehene Semesterwochenstundenzahl plus 25 Prozent, die dann in der doppelten Regelstudienzeit »verbraucht« werden darf. Dazu muss der gesamte Studienablauf in so genannte Module unterteilt und deren »Nutzung« dauerhaft erfasst werden. Ab dem ersten Tag eines Studiums soll dann den StudentInnen bewusst sein, dass alles, was sie an der Hochschule tun, nach ökonomischen Kriterien wohl überlegt sein will. Alles wird durch Datenerfassungssysteme und/oder noch einzuführende Chipkarten überwacht werden. Und damit sich niemand allzu große Freiheiten in seiner Studiengestaltung nimmt, sorgen festgelegte Module, die aus Seminaren, Vorlesungen, Arbeiten und Klausuren bestehen können, dafür, dass die letzten Überreste an selbstbestimmtem Studium aus der Hochschule entfernt werden. Die Einführung von Bachelor- und Master-Studiengängen wird dann zu einer massiven Verschulung des Studiums führen.

Auswirkungen auf Bildung

Doch nicht nur die StudentInnen werden ihr Studierverhalten ändern. Auch die Hochschulen werden die Auswirkungen zu spüren bekommen, da sich ihre Finanzierung an den »Verbrauch« von Studienkonten koppeln wird. Hochschulen, Fachbereiche und Institute, die ihre StudentInnen besonders schnell zu einem Abschluss bringen, sollen mehr Geld bekommen als ihre »langsameren« KonkurrentInnen. So werden Bereiche, die jetzt schon schlecht ausgestattet sind und damit für längere Studienzeiten sorgen, ihren StudentInnen noch weniger bieten können. Die »unsichtbare Hand« des Marktes soll dann den Hochschulbetrieb regeln. Fachbereiche und StudentInnen, die sich finanziell nicht lohnen, werden so marktwirtschaftlich aussortiert.

SPD und Grüne jubeln nun, dass der Markt jetzt für Effizienz und »starke KonsumentInnen« an den Hochschulen sorgen werde. Tatsächlich geben sie die politische und soziale Verantwortung für die Forschung und Lehre an den Hochschulen ab. Flankiert wird dies mit der Aufnahme von Wirtschaftsvertretern in die Aufsichtsgremien der Unis. Ökonomisch verwertbare Forschung und Arbeitskräfte sollen die Hochschulen produzieren, das »Investitionsrisiko« liegt bei den »MarktteilnehmerInnen«. Bildung als Menschenrecht hat dann endgültig ausgedient.

Markus Struben

Gleichstellung

Mehr Knete für Agnete – gleiche Kohle wie für Ole!

Seit über 100 Jahren gehört die Forderung nach gleichen Löhnen für Frauen und Männer zum Standardrepertoire der ArbeiterInnenbewegung. Doch auch nachdem die Frauenbewegung in den 70ern neuen Schwung bekommen hat, ist diese Forderung immer noch weit von ihrer Verwirklichung entfernt.

Heute ist bei Mona zu Hause schlechte Stimmung. Johann, ihr Vater, hat seinen Job verloren. Im Frust schreit er Monas Mutter an: ‚Mensch Brigitte, warum ist dir nicht gekündigt worden? Das wäre doch echt nicht so schlimm gewesen!' In der Tat verdient Monas Mutter, obwohl sie genau wie Johann ganztags arbeitet, deutlich weniger als ihr Mann. Als Altenpflegerin muss sie sich eben trotz harter körperlicher Arbeit mit einem geringeren Lohn abfinden. Solche Einkommensverhältnisse, wie sie in Monas Familie auftreten, sind nichts außergewöhnliches. So wie Brigitte arbeiten nämlich rund 80% der erwerbstätigen Frauen in der BRD im Dienstleistungssektor. An diese Frauen, die beispielsweise als Friseurin, Krankenschwester oder Sekretärin tätig sind, werden keine hohen Bildungsanforderungen gestellt und auch im Job sind ‚Weiterkommen' und Aufstiegschancen nicht vorgesehen. Sie müssen sich zudem oftmals zweifach unterordnen: Zum einen sitzen ihnen ihre Vorgesetzten im Nacken, zum anderen sind sie permanent ihren KundInnen oder PatientInnen ausgesetzt.

Monas weiß, dass sich ihre Mutter kaum eine Trennung von ihrem Mann ‚leisten' könnte, als Alleinerziehende würde sie viel zu wenig verdienen. Aber sie ist auch unsicher, was ihre eigene Zukunft bringen wird. Nach dem Abi möchte sie erst mal eine Lehre zur Fernmeldetechnikerin machen und danach vielleicht Elektrotechnik studieren. Ihre Freundin Maike, die den ganzen Plan insgesamt total daneben findet, weil eine solche Ausbildung nicht zu einer Frau passe, glaubt, dass Mona sich gar keine Hoffnung auf einen Ausbildungsplatz machen muss. Welcher Betrieb traut schon einer Frau zu, dass sie zwei Drähte richtig miteinander verbinden kann?

Dabei ist Mona in der Schule gar nicht schlecht und wird ein ganz passables Abi abliefern. Mittlerweile machen nämlich mehr Frauen als Männer Abitur. Dass dennoch die Erwerbstätigkeit von Frauen geringer angesehen ist, kann also nicht mehr als Folge mangelnder Schulbildung gesehen werden. Vielmehr dürfte die Berufswahl der Frauen ausschlaggebend sein, die regelmäßig im unteren und mittleren Dienstleistungsbereich zu einer betreuenden oder zuarbeitenden Betätigung führen. Da diese Aufgaben so oder so Frauen zugeschrieben werden, wird das Geleistete der Dienstleisterinnen kaum sichtbar und verschwindet in den Erwartungen an weibliche Arbeit. Damit ist eine geringe Entlohnung vertretbar – das sieht nicht nur die Männerwelt so, auch die betroffenen Frauen beanspruchen oft in ihrer eigenen Wahrnehmung nicht mehr für sich.

Viel zu erwarten gibt es momentan weder für Brigitte noch für Mona. Beim aktuellen Sozialabbau der Bundesregierung wird wissentlich versucht, ein Feuer mit Benzin zu löschen. Solche Einschnitte bekommen Frauen nämlich doppelt ab. So verschlechtert sich dadurch die Lage aller ArbeitnehmerInnen und Arbeitslosen, besonders betroffen ist jedoch die im unteren Bereich beschäftigte ArbeitnehmerInnenschaft. Bingo! – Genau da sind vornehmlich erwerbstätige Frauen zu finden. Beispielsweise arbeiteten so bereits bisher besonders Frauen als geringfügig Beschäftigte – ein Zuverdienst, der auch neben Kinderbetreuung und Haushalt leistbar, dafür aber prekär, also sozial und rechtlich nicht abgesichert ist. Seit April ist jedoch die Anzahl der so Beschäftigten gestiegen, da die Grenze für geringfügig Beschäftigte von 325 Euro auf 400 Euro hochgejagt worden ist. Aber auch für die Beschäftigten, die bis 800 Euro verdienen, mindert sich der Sozialversicherungsschutz. Dadurch sinken die Ansprüche sehr vieler Frauen an die Renten- und Sozialversicherung. Die Abhängigkeit vom Ehemann wird so zementiert bzw. der Schritt in die Sozialhilfe verkürzt.

Momentan wird man entgeistert angestarrt, wenn man die traurige Mindestforderung, nämlich den Sozialabbau sofort zu stoppen, sich auszusprechen traut. Darüber hinaus muss allerdings ein steuerndes Eingreifen in Schule und Betrieb gefordert werden. Zum Beispiel würde eine kostenfreie ganztägige Kinderbetreuung vielen Frauen die Möglichkeit bieten, sich von ihren Rollenzuschreibungen zu befreien und sich in gleicher Weise wie Männer am Arbeitsmarkt zu beteiligen. Das wäre ein möglicher Einstieg - genauso wie die Abschaffung des Ehegattensplittings – für eine Veränderung traditioneller Geschlechterrollen im Erwerbsleben.

Lena Kreck

Überwachungsstaat

Videoüberwachung in NRW: Kamera läuft

Wo man geht und steht, ja sogar fährt: Kameras sind zur Alltagserscheinung geworden: ob in Kaufhäusern, U-Bahn-Stationen, bei Demonstrationen, an der Autobahn, an „sicherheitsgefährdeten" Objekten, in Bahnhöfen und der Innenstadt sowieso. In NRW wurde nun die Überwachung öffentlicher Räume durch Kameras ausgedehnt.

Geschichte der Videoüberwachung
Der Einstieg in die Überwachung des öffentlichen Raums war, wie immer in solchen Fällen, unverdächtig: 1958 wurden an 17 Verkehrsschwerpunkten in München Kameras aufgestellt. Ihre Bilder wurden in eine neu errichtete Verkehrszentrale übermittelt. Insbesondere im Rahmen des RAF-Hypes in den 70er Jahren wurden Kameras an allen Verkehrsknotenpunkten aufgestellt, also auch Bahnhöfen etc. Einen starken Schub erhielt die Überwachung des öffentlichen Raums aus Großbritannien, das seitdem als „Musterland" der Kameraüberwachung gilt: ein erster Modellversuch war Anfang der 90er der Londoner Stadtteil Newham, der mit 250 Kameras ausgestattet wurde. Diese sind alle auf dem neuesten Stand: Infrarot-Nachtsicht, automatische Verfolgung, Fernbedienung, Audiokanäle, Zoom. Keine Disziplinlosigkeit bleibt unentdeckt. Seitdem sind in Großbritannien 300.000 moderne Kameras installiert worden, die gesamte City of London ist inzwischen überwacht. 1996 gab es dann das erste Pilotprojekt „Videoüberwachung von Kriminalitätsschwerpunkten" in der BRD, passenderweise im Osten, in Leipzig, wo man derlei ja aus früheren Zeiten noch gewohnt ist. Inzwischen hat dieses Projekt in vielen deutschen Großstädten Zuspruch gefunden, ein erstes Pilotprojekt fand in NRW in Bielefeld, ein weiteres in Köln statt.

Videoüberwachung in NRW
Mit dem zum 8.7.2003 geänderten Landes-Polizeigesetz wird Kameraüberwachung nun in ganz NRW eingeführt. Im neu eingefügten §15a „Datenerhebung durch den offenen Einsatz optisch-technischer Mittel" heißt es:
„Zur Verhütung von Straftaten kann die Polizei einzelne öffentlich zugängliche Orte, an denen wiederholt Straftaten begangen wurden und deren Beschaffenheit die Begehung von Straftaten begünstigt, mittels Bildübertragung beobachten und die übertragenen Bilder aufzeichnen, solange Tatsachen die Annahme rechtfertigen, dass an diesem Ort weitere Straftaten begangen werden." Besonders hübsch: Die Daten dürfen nur 14 Tage gespeichert werden, „es sei denn, [...] Tatsachen rechtfertigen die Annahme, dass eine Person künftig Straftaten begehen wird". Welche Tatsachen das außer dem Aussehen der Personen sein sollen, bleibt Geheimnis des Gesetzgebers.
Im privaten und halb-öffentlichen Raum von Einkaufszentren, Bahnhöfen, privatisierten Plätzen und Anlagen ist Kameraüberwachung durch private Sicherheitsdienste im Namen von Ruhe, Ordnung und Hausrecht schon längst Normalität. Es ist nicht nur der kontrollstaatliche ‚Big Brother', sondern zunehmend seine kleinen Geschwister von der Bahn AG bis zur Wach&Schließ-Gesellschaft, die als ‚parastaatliche Ordnungsmacht' Räume begrenzen und überwachen.

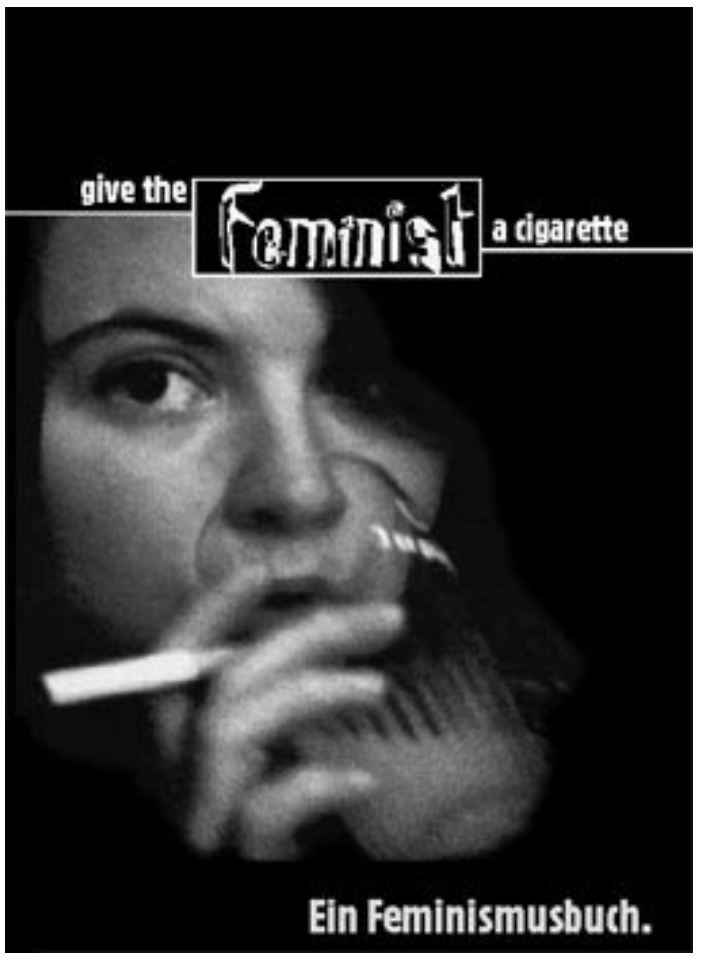
Kontrolle ist machbar, Herr Nachbar
Das zunehmende Kontrollszenario fällt keineswegs zufällig zusammen mit zunehmender Ausgrenzungs- und Sozialkürzungspolitik. So genanntes „aggressives Betteln" (was die schlichte Frage nach `nem Euro einschließt) wird in immer mehr Städten verboten und bekämpft. Verdrehte Logik: Nicht eine Gesellschaft, die Menschen zum Betteln zwingt, ist asozial, sondern ihre Opfer. In Deutschland werden in immer mehr Städten unerwünschte Verhaltensweisen mit Bußgeldern belegt: öffentliches Urinieren, Alkoholverzehr oder ähnliches. Zunehmend werden unerwünschte Personen aus Innenstadt, Bahnhofsnähe und Konsummeile verdrängt. Gleichzeitig wird die Armut durch die derzeitigen Sozialkürzungen drastisch ansteigen, werden Zufluchtsstätten geschlossen. Aber durch die Ausgrenzung wird die Armut für den/die NormalbürgerIn immer weniger sichtbar in die Randbezirke und Armenghettos verdrängt. Gleichzeitig wächst die Androhungskulisse auch für alle anderen, die so vermeiden auch nur irgendwie aufzufallen und nur nicht zu den Ausgegrenzten zu gehören.

Individualisierung und Ausgrenzung sozialer Mißstände
Anstatt sich mit den Ursachen von Kriminalität, Drogenabhängigkeit, Obdachlosigkeit und Verelendung auseinanderzusetzen, wird kriminalisiert und ausgegrenzt. Da so vehement bestritten wird, die Ursache könnte auch nur irgendetwas mit unserer Gesellschaftsform zu tun haben, bleibt herrschender Ideologie gar nichts anderes übrig, als ihre sozialen Auswirkungen zu individualisieren und die so Stigmatisierten auszugrenzen - Sündenbock-Logik pur. Aufklärungsarbeit muss dabei gegen öffentlich verkündete Lügen über angebliche Erfolge und ‚Big Brother' als schlechte Show statt als Horrorszenario ankämpfen.

to be continued? Räume reloaded
Es gilt, städtische Räume nicht kampflos aufzugeben, der Entsolidarisierung entgegenzutreten und Kontrollmechanismen sichtbar zu machen. Durch Aktionen, Zivilcourage und Dokumentation von Kameraüberwachung lässt sich auch ein öffentliches Bewusstsein angreifen, das ‘noch' gar kein Problem sieht.

Bernd Barenberg

Give the feminist a cigarette



Feminismusbuch der JD/JL NRW

Auf den insgesamt 160 Seiten dieses Buches finden die Leserinnen und Leser eine Zusammenstellung verschiedener feministischer Themen. Ohne Anspruch auf Vollkommenheit sind hier zu unterschiedlichen Themen Texte, zum Einstieg und zur Diskussion, versammelt. Die AutorInnen, die bis auf wenige Ausnahmen aus dem Spektrum der nordrhein-westfälischen JungdemokratInnen/Junge Linke kommen, versuchen eine Analyse der bestehenden Verhältnisse in Bereichen wie Schule, Universität, Familie und Erwerbsarbeit. Zudem üben sie Kritik an der Politik in Themenkomplexen wie Prostitution, Pornographie und Migration, um nur einige zu nennen. Dieser nicht häufig veranstaltete Versuch eine Einführung in Feminismus und einen Überblick über feministische Themen zu geben zeichnet „Give the feminist a cigarette" aus und lohnt sich deshalb zu lesen!
Preis: 2 Euro (+ Versand)

Sofort bestellen bei:
JungdemokratInnen/Junge Linke NRW
Herner Str. 79, 44789 Bochum
fon: 0234-579 678 49
fax: 0234-579 678 50
Internet: www.jungdemokratinnen.de
mail: info@jungdemokratinnen.de

Seminare gegen den grauen Alltag

Rhetorik, Streitgesprächstechnik und solidarische Kommunikation

28.-30. November in Bochum

Wer sich politisch engagiert, wird schnell merken, dass es nicht nur auf Inhalte ankommt, wenn es darum geht für bestimmte Inhalte überzeugend zu sein. Das Seminar versteht sich als Trainingswochenende.

Layoutseminar

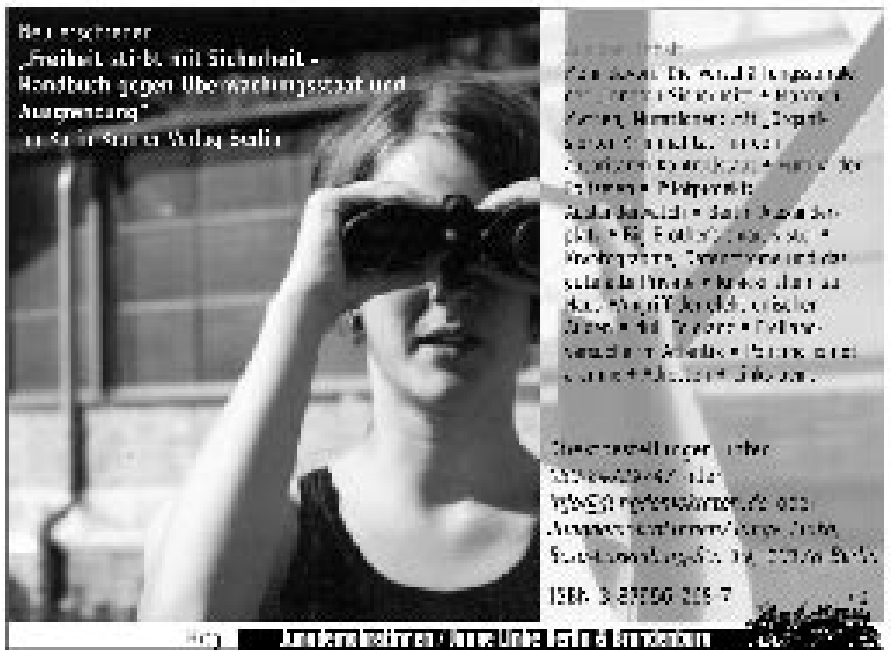
6.-7. Dezember in Münster

Bei diesem Seminar werden Grundlagen des Programmes Corel Draw und Techniken zur Gestaltung von Flugblättern und Zeitungen eingeübt. Es richtet sich an AnfängerInnen und solche, die schon mit einem Programm vertraut sind.

Grundlagen der politischen Ökonomie und der Biopiraterie

12.-14. Dezember in Bielefeld

Ein besonders aktuelles Beispiel für das menschenverachtende Funktionieren des Kapitalismus ist die Art und Weise, wie sich Großkonzerne mittlerweile überall auf der Welt genetische "Entdeckungen" patentieren lassen und damit z.B. ursprüngliche Bevölkerungsgruppen ausbeuten. Das Seminar soll Hintergründe liefern.



Allgemeine Technix bei Seminaren:

JungdemokratInnen/Junge Linke führen ihre Seminare zusammen mit dem Ludwig Quidde Forum durch. Hier gibt es ausführlichere Informationen: Ludwig Quidde Forum, Herner Str. 79, 44791 Bochum, fon: 0234/57967872, mail:lqf@lqf.de.

Für ein soziales Europa, für eine andere Welt!

Vom 12.-16. November findet in Paris und seinen Nachbarstädten Saint Denis, Bobigny, Ivry und La Villette das 2. Europäische Sozialforum statt. JungdemokratInnen/Junge Linke werden sich mit Workshops und Diskussionen und im Rahmen eines Kongresses zum Thema GATS daran beteiligen. Durchgeführt wird der Kongress von dem "European Network of Democratic Young Left", ENDYL.

Wichtige politische Entscheidungen werden zunehmend auf supranationaler Ebene getroffen. Ein Beispiel hierfür sind die Verhandlungen zum GATS (General Agreement on Trade in Services), einem Abkommen über den Handel mit Dienstleistungen im Rahmen der Welthandelsorganisation WTO, in denen die Europäische Kommission stellvertretend für die EU-Länder agiert. Die Europäisierung von Politik macht es für politische Akteure notwendig, sich auf europäischer Ebene zu organisieren.

JungdemokratInnen/Junge Linke setzen seit Jahren den Schwerpunkt der internationalen Arbeit auf Kooperationen mit anderen europäischen Jugendverbänden und haben ENDYL 1995 mit gegründet. Seither führte ENDYL Großveranstaltungen zu beispielsweise „Human Rights Politics in Europe" und zu Globalisierung durch, rief zu dezentralen Anti-Kriegs-Protesten auf und beteiligte sich an Protesten zum G8-Gipfel in Evian und zum EU-Gipfel in Thessaloniki.

Europäisches Sozialforum am 12.-16.November in Paris. Mit JD/JL hinfahren ab Berlin, Duisburg und Frankfurt/M.

Das Europäische Sozialforum im November wird das politische Highlight des Jahres werden. Wie das erste Europäische Sozialforum in Florenz soll auch das diesjährige ESF ein Ort für Debatten über gesellschaftliche ALternaitiven sein. Wir wollen unsin Arbietsgruppen mit der Privatisierung von öffentlichen Dienstleistungen im Rahmen des GATS beschäftigen, die in ganz Europa zu massiven Problemen führt. Gemeinsam mit unseren europäischen Partnerorganisationen wollen wir über konkrete Strategien gegen das GATS diskutieren. Gemeinsame Workshops zu weiteren Themen werden die europäische Dimension vieler politischer Fragestellungen verdeutlichen. Wie schon die internationale Podiumsdiskussion auf unserem Sommercamp zum Thema „A social Europe is possible" sollen sie ein wichtiger Schritt zu einer europäischen Diskussionskultur sein.

Um ENDYL als starken europäischen Jugendverband zu etablieren, bedarf es des starken Engagements der Mitgliedsorganisationen. Wir als JungdemokratInnen/Junge Linke wollen mit einer großen Delegation zum ESF anreisen um es für ENDYL zu einem Erfolg werden zu lassen und uns als starken linken Jugendverband zu präsentieren.

Um kostengünstig zum ESF zu kommen, sichere dir einen Platz im Bus und melde dich so schnell wie möglich unter www.solidarisches-europa.de an.

Impressum

SCHLAGLOCH wird herausgegeben vom Landesvorstand der JungdemokratInnen/Junge Linke NRW
Redaktion: Dirk Burczyk, Claudia Weise (V.i.S.d.P.), Nils Matzner
Layout: Nils Matzner, Dirk Burczyk
Kontakt: Schlagloch c/o JungdemokratInnen/Junge Linke NRW, Herner Str. 79, 44791 Bochum
Tel.: 0234/579 678 49, Fax: 0234/579 678 50, e-mail: info@jungdemokratinnen.de
Auflage: 5.000 Stück. Es gilt die Anzeigenpreisliste 1/01
Namentlich gekennzeichnete Artikel stimmen nicht unbedingt mit der Meinung der Redaktion überein.
Eigentumsvorbehalt: Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitung solange Eigentum des Absenders, bis sie dem/der Gefangenen persönlich ausgehändigt ist. Zur-Habe-Nahme ist keine persönliche Aushändigung im Sinne des Vorbehalts.
Wird die Zeitung dem/der Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender unter Angabe des Grundes der Nichtaushändigung zurückzusenden.

...und wer sind nun die

jungdemokratInnen - junge linke?

JungdemokratInnen - Junge Linke sind ein parteiunabhängiger Jugendverband, in dem Jugendliche selbstbestimmt Politik machen. Ob in der Bildungs- oder Drogenpolitik, in der Asyl- oder Sozialpolitik, wir treten für die Selbstbestimmung aller Menschen ein. Das bedeutet für uns die radikale Demokratisierung aller Lebensbereiche, denn Familie, Schule, Wirtschaft... sind demokratiefreie Zonen.
Aber auch Themen wie Antifa, Feminismus oder Ökologie spielen bei uns eine wichtige Rolle.
Dabei wird keine Linie vorgegeben, sondern die politische Arbeit wird vor Ort in in Gruppen oder Arbeitskreisen gestaltet. So gibt es auch keine feste Ausrichtung, sondern wir bewegen uns in einem weiten Spektrum von grünalternativen über sozialistischen bis hin zu autonomen oder anarchistischen Kreisen.
Wir streiten uns leidenschaftliche gerne mit anderen und uns selbst um das bessere Argument und geben zu diesem Zweck nicht nur diese Zeitschrift heraus, sondern bieten auch Seminare und Materialien zu spannenden Themen an und machen viele Aktionen und Veranstaltungen direkt vor Ort!

www.jungdemokratinnen.de

infoschnipsel

@ Schickt mir mal gratis ein Paket mit Euren Infos!

@ Schickt mir regelmäßig gratis eure Zeitungen "Schlagloch" und "Tendenz" zu!

@ Nehmt mich in Euren eMail-Verteiler auf!

@ Schluß mit lustig: Ich will aktiv werden!

@ Sagt mir mal, wo's die nächste funky Gruppe von Euch in meiner Nähe gibt!

@ Keine halben Sachen mehr: Ich will Mitglied der JD/JL werden!

name:

straße:

wohnort:

tel/**f**ax/**e**mail:

alter/**b**eruf:

ausfüllen, abkauen und ab die Post an:
jungdemokratInnen-junge linke nrw, herner str. 79, 44 791 bochum, fax: 0234/579 678 50